

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

17.12.1924 (No. 295)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 958 und 954. Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Expedient G. A. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen und direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beilegung und Konfuzionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Die Regierungskrisis in Berlin

Die Meldung, daß der Deutschen Volkspartei und ihrem Führer Stresemann angesichts der Folgen der von ihnen heraufbeschworenen Regierungskrisis allmählich selber angst und bange wird, hat manche Wahrscheinlichkeit für sich. Denn die ganze Aktion Stresemanns konnte nur dann gute Aussichten haben, wenn er von vornherein damit rechnen durfte, daß das Zentrum seine auf die Errichtung eines Rechtsblocks abzielende Politik mitmachen würde. Wir können uns nicht denken, daß der Reichskanzler Dr. Marx Herrn Stresemann jemals Veranlassung gegeben hat, ernstlich mit einer solchen Willfährigkeit des Zentrums zu rechnen. Als Herr Marx als charaktervoller Mann bei seiner bisherigen Auffassung beharrte und seinerseits das Ansehen, die Leitung eines solchen Rechtskabinetts zu übernehmen, von sich wies, ist Herr Stresemann mit seiner Fraktion dennoch bei der Idee der Bildung eines Rechtskabinetts geblieben und hat so den Reichskanzler gestürzt.

Daß man im Zentrum ein solche Taktik nicht gerade mit Vergnügen mit ansehen würde, konnte man sich wohl schon vorher an den fünf Fingern abzählen. Nach dem Wahlausfall des 7. Dezember mußte sich die Überzeugung, daß nur die Politik von Dr. Marx als einzig richtige fortzuführen sei, noch viel fester in den Köpfen aller wirklich besonnenen Volksgenossen festsetzen. Ein Kabinett der Marx'schen Politik ohne die Leitung des Herrn Marx selbst war und ist aber eine Unmöglichkeit; denn sowohl im Ausland, wie im Inland, hat sich Dr. Marx ein außerordentlich großes Kapital an Vertrauen erworben. Ihm würde zumal das Ausland eine sichere Fortführung der bisherigen, doch gewiß nicht erfolglosen Politik zugezogen haben. Herr Stresemann und die Seinen haben es anders gewollt. Und so stehen wir jetzt wieder einmal vor einem Scheitern.

Denn was soll nun geschehen? Das Zentrum ist nicht nur gefühlsmäßig aufs höchste verärgert, sondern auch aus sachlichen politischen Gründen für einen reinen Rechtsblock nicht zu haben. Und dem parlamentarischen Brauch entspricht es durchaus, daß nun einmal die Persönlichkeiten und die Partei die Verantwortung für die Bildung der neuen Kabinetts übernehmen, die die ganze Krisis heraufbeschworen haben. Wie es heißt, weigert sich aber Herr Stresemann aufs entschiedenste, die Bildung und Leitung des neuen Kabinetts in die Hand zu nehmen. Und nicht einmal die Deutschnationalen scheinen dazu viel Lust zu haben.

Nach den neuesten Meldungen soll Herr Stresemann dem Reichspräsidenten eine Persönlichkeits als Kanzler empfohlen haben, die dem eigentlichen parlamentarischen Leben fernsteht, aber nach Herrn Stresemanns Meinung gute Garantien bietet. Also Wiederholung des Experimentes Cuno! Vielleicht haben diejenigen recht, die der Ansicht sind, daß wir um ein solches Experiment, d. h. praktisch um das Experiment einer Rechtsregierung, doch nicht herumkommen, und daß es deshalb ganz angebracht sei, einer derartigen Entwicklung weiter keine Schwierigkeiten zu bereiten; eine solches Kabinett werde rasch abgewirkt haben, und dann werde die große Koalition ganz von selbst kommen. Diese Rechnung könnte unter Umständen richtig sein. Aber was wird aus unserem Vaterlande während dieser Zeit? Werden wir nicht womöglich durch ein solches Experiment außenpolitisch und innenpolitisch wieder kasterweit zurückgeworfen werden? Das ist die bange Frage, die sich aufdrängt.

Daß die Regierungskrisis in dieser Form nicht nötig gewesen wäre, wenn nur die Deutsche Volkspartei etwas weniger stürmisch nach rechts gedrängt hätte, das unterliegt wohl keinem Zweifel. Man hätte es sehr wohl mit der großen Koalition oder mit einer Fortsetzung der bisherigen Koalition versuchen können. Diese bisherige Koalition war eine Koalition der Mitte. Man hätte also annehmen können, daß sie nur mit solchen Gefehentwürfen vor das Parlament getreten wäre, die in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht einen vernünftigen Ausgleich der Interessen erstreben. Wir glauben, daß Deutschnationalen und Sozialdemokraten nicht verfehlen darauf gewesen wären, um etwelcher Kleinigkeiten willen ein solches Kabinett zu stürzen.

Es wird behauptet, daß Herr Stresemann seine ganze Politik der letzten Zeit nicht betriebe, um faktisch den Deutschnationalen in den Sattel zu helfen, sondern um

sie gerade durch den Zwang zur Mitarbeit schwachmatt zu setzen und jenen Wählern, die heute noch deutschnational sind, morgen aber vielleicht zur Deutschen Volkspartei hinüberwandern könnten, zu zeigen, daß die Deutschnationalen praktisch auch nicht anders können, als die Deutsche Volkspartei, und daß daher einer Abwanderung

ins deutschvolksparteiliche Lager kein Hindernis mehr entgegenstehe. Sollte diese Behauptung richtig sein — wir wissen es nicht, da wir in das Herz Stresemanns nicht hineinzusehen vermögen — so müßte man heute schon sagen, daß sie wohl doch zu raffiniert und zu fein ausgedacht ist, um zu einem Erfolg zu führen.

Wasserumschlagstarife — eine Notwendigkeit für die badische Wirtschaft

PA. Am Montag nachmittag fand im Bürgerauschussaal in Mannheim auf Veranlassung der badischen Ministerien der Finanzen und des Innern eine Besprechung der Regierung mit Vertretern des badischen Wirtschaftslebens über die dringliche Frage der Herbeiführung von Wasserumschlagstarifen. An der Besprechung, zu der von der badischen Regierung Finanzminister Dr. Köhler und Innenminister Kemmele und seitens des Reichsbahnspräsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Hr. v. Elz-Rübenach mit den zuständigen Referenten erschienen waren, nahmen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe, der Stadtverwaltungen und der Handelskammern Mannheim, Karlsruhe und Lahr teil.

Finanzminister Dr. Köhler.

Der die Besprechung leitete, gab in seiner einleitenden Ansprache zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Tarifrage seit der Vereinfachung der badischen Bahnen und umriß dann Ziel und Zweck der Besprechung. Er führte dabei etwa folgendes aus: Seit dem Übergang der badischen Staatsbahnen auf das Reich ist keine Frage des Staatsvertrages von so großer Bedeutung für das Wirtschaftsleben unseres Landes wie die Frage der Eisenbahntarife. Im § 22 des Staatsvertrages wurde vereinbart: Die Reichsbahnverwaltung wird die Tarife unter Wahrung der Einheit und mit tunlichster Schonung bestehender Verhältnisse fortbilden und den Verkehrsbedürfnissen der Länder, namentlich auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung nach Möglichkeit Rechnung tragen.

Die Rohstoffversorgung Badens leidet stark an der natürlichen Lage des Landes an mit dem Rhein als Zubringer der Rohstoffe. Daraus erklärt es sich, daß Mannheim als Ausgangspunkt der badischen Staatsbahnen und zugleich als vorläufiger Endpunkt der Rheinischhaffahrt eine ganz besondere Bedeutung erlangte. Die badische Staatsbahnenverwaltung hatte früher dieser Bedeutung Mannheims und der Entwicklung des Wirtschaftslebens Badens und der Nachbarländer dadurch Rechnung getragen, daß sie eine Reihe von Wasserumschlagstarifen schuf, um den Umschlag von Waren aller Art vom Schiff zur Bahn in Mannheim sowohl, als auch von den übrigen badischen Rheinhäfen aus zu fördern. Alle diese Ausnahmetarife sind bekanntlich nach der Vereinfachung der Bahnen verschwunden, und es erfolgte ein völlig neuer Tarifaufbau. Dieser Aufbau aber wies, so dankenswert die Einführung der Staffeltarife empfunden wurde, doch insofern erhebliche Mängel auf, als er den besonderen badischen Verhältnissen hinsichtlich der Umschlagstarife nicht Rechnung trug. Die badische Regierung hat deshalb in den 4 Jahren, seitdem die Bemühungen um Wiedergewährung der Wasserumschlagstarife für den Oberrhein im Gange sind, sich stets für die Erreichung dieses Zieles eingesetzt. Es wurde als ein begrüßenswerter Fortschritt empfunden, als am 21. März 1923 der Reichseisenbahnrat den ihm vorgelegten Ausnahmetarif für Kohlen genehmigte. Es entbehrte nicht des bitteren Weigeschmacks, daß schon in der gleichen Sitzung, in welcher dieser Beschluß gefaßt wurde, der Vorsitzende, Staatssekretär Stieler, zum Schluß erklärte, er müsse sich mit Rücksicht auf die Befehdung von Rhein und Ruhr noch den Zeitpunkt für die Veröffentlichung des Tarifes vorbehalten.

Auch in anderer Hinsicht blieb noch ein Gefühl der Unbefriedigtheit zurück, weil nämlich der Wasserumschlagstarif zunächst nur für Kohlen geschlossen war, während die Rheinischhaffahrt und die ganze badisch-süddeutsche Wirtschaft gleiche Vergünstigungen dringend auch für andere Güter benötigten.

Inzwischen sind wieder nahezu 2 Jahre veranngen, ohne daß wir das gestellte Ziel erreicht haben. Wohl sind seit dem 15. Juni ds. Js. Vergünstigungen für den Kohlentransport gewährt worden, ein weiterer Ausnahmetarif 44 hat auch Frachtleistungen für andere Güter gebracht. Allein die bei der Regierung immer wieder lautwerdenden Stimmen lassen erkennen, daß der Tarifaufbau noch erheblich vervollkommen werden muß. Dies scheint mir auch insbesondere deshalb nötig, weil die beabsichtigte Übertragung von Seehafenausnahmetarifen an nicht deutsche Seehäfen ein neues besonders erscheinendes Moment ergeben hat.

Ob der Reichseisenbahnrat nochmals mit dieser Frage befaßt werden wird, weiß ich nicht. Vorkommnisse aus Mannheim haben es ja in Zweifel gezogen, ob der Reichseisenbahnrat und die Landesbahnenverwaltung überhaupt noch leben. Die Eisenbahnbetriebe bestehen auch künftig noch weiter, allerdings losgelöst vom Eisenbahnunternehmen unter der unmittelbaren Leitung des Reichsverkehrsministeriums. Es wäre zu begrüßen, wenn sie bald wieder ein Lebenszeichen von sich geben würden, damit jeder Zweifel behoben ist. Jedenfalls müßten wir mit der Tatsache rechnen, daß die dringende Frage der Wasserumschlagstarife anscheinend nicht unter Mitwirkung der Eisenbahnräte weiter verfolgt wird, und so war es nahelegend, daß wir selbst eine Versammlung der an der Frage interessierten Kreise einberiefen, um uns darüber Klar zu werden, welche Wünsche noch hinsichtlich der Verbesserung und Erweiterung dieser Ausnahmetarife bestehen.

Die badische Regierung hat, wie schon bemerkt, der Frage von jeher die größte Aufmerksamkeit gewidmet; ein neuer Umstand, sich dafür noch mehr zu interessieren, ist dadurch eingetreten, daß das Staatsministerium sich inzwischen entschlossen hat, die früheren badischen Eisenbahnhäfen von Mannheim-Rheinau und Lahr nicht an das Reich zu übergeben, sondern sie in der Verwaltung des Landes zu behalten. Die Regierung ist deshalb heute mit der Wirtschaft zugleich als Interessent an der Frage beteiligt.

Präsident Renel von der Handelskammer Mannheim gab der Genugtuung der Mannheimer Wirtschaftskreise darüber Ausdruck, daß die badische Regierung mit der heutigen Besprechung ihre Entschlossenheit darzulegen, nicht nur mit der Wirtschaft die Frage der Wasserumschlagstarife zu beraten, sondern auch gemeinsam mit den Vertretern der Wirtschaft in energischer Weise dahin zu wirken, daß die Reichsbahnverwaltung endlich zu einer gründlichen Umstellung der gegenwärtigen Tarifverhältnisse gebracht werde. Die südwestdeutsche Wirtschaft wisse sich frei von Reich auf die durch den Seehafenausnahmetarif außerordentlich begünstigte Entwicklung der Hanfsstädte, sie müsse aber unter allen Umständen eine wenigstens einigermaßen befriedigende Regelung der Tarifrfrage verlangen, die den Wiederaufstieg der Mannheimer Wirtschaft und der Rheinischhaffahrt ermögliche.

Darauf erstattete Direktor Reinhard ein mit einer Fülle überzeugenden sachlichen Materials ausgestattetes Referat, in welchem er zur Seehafenausnahmetarifpolitik der Reichsbahn Stellung nahm. Seine Forderungen wie die des nächsten Referenten Direktor Tüllig (vom Kohlenkontor Rülheim-Ruhr), der für den rheinischen Kohlenhandel sprach, fanden in einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution ihren Ausdruck. Die Resolution, die von einer besonderen Kommission ausgearbeitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Resolution:

„Die auf Einladung der badischen Ministerien der Finanzen und des Innern am 15. Dezember 1924 in Mannheim tagende Versammlung von Vertretern der gesamten badischen Wirtschaft hat nach eingehenden Berichten über die Wirkung der Seehafenausnahmetarife und über den Stand des Kohlenausnahmetarifs 6 u einstimmig beschlossen:

1. Die Lebensbelange der gesamten badischen Wirtschaft erfordern, daß der Rheinischhaffahrt so rasch als möglich wieder mindestens die Leistungsfähigkeit der Vorkriegsjahre verschafft wird. Unerlässliche Vorbedingung hierzu ist, daß der Rheinischhaffahrt der frühere Aktionsradius gewahrt bleibt.
2. Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, daß die seitens der Reichsbahn im Laufe des letzten Jahres einseitig zugunsten der deutschen Seehäfen gehandhabte Ausnahmetarifpolitik zu empfindlichen Schädigungen der Rheinischhaffahrt und der gesamten süddeutschen Wirtschaft durch Abwanderung von Frachtpostmengen auf dem Schienenweg geführt hat, ohne daß gleichzeitig der süddeutschen Wirtschaft die Frachtkontingente verschafft wurden, die sie wegen ihrer exponierten Lage zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt nötig hat.
3. Die Versammlung stellt weiter fest, daß die Seehafenausnahmetarifpolitik der Reichsbahn zu Verunfugungen Belgiens und Hollands geführt hat, wodurch die Reichsbahn gezwungen wurde, auch für den Ein- und Ausfuhrverkehr über die belgischen Seehäfen Ausnahmetarife auf den gleichen Grundlagen zu schaffen wie im Verkehr über die deutschen Seehäfen.
4. Die Versammlung hält ferner zur Sicherung und Verbilligung der Kohlenversorgung Süddeutschlands den sofortigen weiteren Ausbau des Kohlenausnahmetarifs 6 u auf der Grundlage des Antrags des Kohlenkontors Rülheim-Ruhr vom 16. Oktober 1924 für unerlässlich.

Die Versammlung richtet an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft das dringende Ersuchen, in genauer Beachtung des § 22 des Eisenbahnstaatsvertrages, die schon so lange angeforderten Wasserumschlagstarife zugunsten der Oberrhein- und Rulmhäfen mit größter Beschleunigung einzuführen.

In der anschließenden Aussprache forderte Stadtverrechnungsrat Weiff (vom Hafensamt Karlsruhe), der feinerseits die Wünsche der Rheinischhaffahrt und der bad. Wirtschaft unterstrich, die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse in den Tarifmaßnahmen und die Milderung zur Freistellung für Tarifänderungen. Der Redner empfahl, die Weiterbetreibung der Herbeiführung von Wasserumschlagstarifen in die Hände der Regierung zu legen, deren feilheriges Eintreten für die Interessen der badischen Wirtschaft vollstes Vertrauen rechtfertige.

bererlei an der Objektivität der Arbeit der Ausschüsse der Hauptverwaltung, denen die Tariffrage augenblicklich vorliegt, nicht gezwungen werden.

Nachdem noch von Seiten des Dr. Bellhoff, Holz-, Getreide- und Eisenhandels die großen, existenzgefährdenden Schwierigkeiten der gegenwärtigen Tarifverhältnisse durch die Herren Brehme, Kommerzienrat Deffauer, Mühlrad, Heymann, Kästner, Weingart und Meuninger eingehend geschildert und mit zahlreichem Belegmaterial belegt worden waren, ergriff der Minister des Innern, Kemmle, das Wort. In seinen bemerkenswerten, grundsätzlichen Ausführungen betonte der Minister im Anschluß an eine den bad. Reichsratsbevollmächtigten in Berlin erteilte Instruktion, die Frage der Wasserumschlagstarife sei nicht nur eine badische Frage, sondern eine Frage der südwestdeutschen, ja der rheinischen Wirtschaft überhaupt. Die von Baden vorgeschlagene Regelung könne nicht abhängig gemacht werden von der Gewährung der Seehafenausnahmetarife für Belgien und Holland. So wie die Dinge jetzt liegen, müsse man, so sehr man es ablehne, von Reid gegenüber den Hansstädten zu sprechen, doch in aller Mäßigkeit feststellen, daß der Erfolg der deutschen Seehäfen in der Tariffrage ein Misserfolg für die südwestdeutsche Wirtschaft sei. Der Ruhrkampf habe zwar dazu beigetragen, die deutschen Seehäfen, besonders vorzuschleichen und zu begünstigen, es müsse aber erkannt werden, daß die Begünstigung der deutschen Seehäfen in ihrer Konkurrenz mit Antwerpen und Rotterdam durch Ausnahmetarife die gesamte rheinische Wirtschaft zum Erliegen bringe. Die Seehafenausnahmetarife hätten keinesfalls im ganzen Reich zur Anwendung kommen dürfen. Könnte man auch zusammenhängende Wirtschaftgebiete in ihrer organischen Entwicklung durch Ausnahmetarife in ihrer organischen Entwicklung nicht künstlich trennen oder auf die Dauer lahm legen, so sei doch der gegenwärtige Schaden so groß und gefährlich, daß auf allen Wegen dagegen angegriffen werden müsse. — Präsident Kessel dankte der badischen Regierung für die wertvolle Bundesgenossenschaft im Kampf um die Wasserumschlagstarife, worauf Finanzminister Dr. Köhler mit dem Ausdruck der Erwartung, daß es der gemeinsamen Aktion von Regierung und Wirtschaft gelingen möge, die Reichsbahnhauptverwaltung zur Aufgabe ihrer einseitigen Stellungnahme in der Tariffrage und zu gebührender Berücksichtigung der vitalen Interessen der gesamten südwestdeutschen Wirtschaft im Wege der enblichen Gewährung von ausreichenden Wasserumschlagstarifen zu bewegen.

Die Regierungsbildung im Reich

Wie die Berliner Wälder mitteilen, wird der Reichspräsident voraussichtlich bereits heute den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Nach den gestern im Reichstag umlaufenden Gerüchten soll der Reichspräsident die Absicht haben, dem Minister des Innern Dr. Stresemann, der heute vormittag aus Rastenburg in Medienburg nach Berlin zurückkehrte, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Wie die „Zeit“ bemerkt, wird Dr. Stresemann aller Wahrscheinlichkeit nach den an ihn ergehenden Auftrag annehmen. Man rechnet, wie das Blatt sagt, ziemlich allgemein damit, daß Dr. Stresemann den Posten des Außenministers bekleiden wird. Die Möglichkeit der Bildung eines überparteilichen Kabinetts wird von dem genannten Blatt als sehr wenig wahrscheinlich bezeichnet, da die kommenden Regierungsaufgaben, vor allem die Lösung der Steuerfragen und der Wirtschaftsverordnungen, eine ganz feste Regierungsmehrheit verlangen. Das Blatt hält es allerdings nicht für unbedingt notwendig, daß eine Persönlichkeit mit der Regierungsbildung betraut werde, die im Parteileben wurzelt. Die „Börsliche Zeitung“ will sogar wissen, daß Dr. Stresemann nach seiner Ablehnung der Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten eine außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit nennen werde, die nach seiner Ansicht für den Reichskanzlerposten besonders geeignet sei.

Am Dienstag fanden Empfänge der Fraktionsführer durch den Reichspräsidenten und Fraktionsberatungen statt. Vormittags empfing der Reichspräsident den bisherigen Reichstagspräsidenten Ballstraf zur Rücksprache über die politische Lage. Anschließend fanden Besprechungen des Reichspräsidenten mit sämtlichen Fraktionsführern außer denjenigen der Wölffischen und Kommunisten statt und zwar in der Reihenfolge, die sich durch die Fraktionsstärke ergibt.

Die deutschnationale Fraktion hat am Dienstag keine Beschlüsse gefaßt. Die demokratische Fraktion faßte eine Entschlieung, in der gesagt wird, daß nach dem Wahlausgang die große Mehrheit der deutschen Wähler die Fortführung der

bisherigen Außenpolitik wünscht und dementsprechend die Wiederherstellung der großen Koalition, die imstande sei, die außen- und innenpolitischen Aufgaben der Zukunft zu lösen.

Politische Neuigkeiten

Der Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten

Im Reichardt-Prozess zu Magdeburg befandete am Dienstag der erste Zeuge Professor Alfred Weber-Heidelberg, der in der zweiten Hälfte des Krieges im Reichsfinanzamt mit Finanzfragen beschäftigt war, daß bei einer Unterredung, die er mit Ebert und Scheidemann hatte, Eberts Verhalten das absolute Gegenteil des Verhaltens von jemandem gewesen sei, der ein Interesse daran gehabt hätte, die Streitfrage zu verschärfen oder irgend einen politischen Nutzen daraus zu ziehen. — Der Zeuge Dr. Henninger, der 1918 Chef der Berliner politischen Polizei war, erklärte u. a., daß nach seiner Erinnerung nach dem Eintreten der mehrheitssozialdemokratischen Partei am 28. Januar in die Streitleitung der Streit erst an Bedeutung gewonnen und die Zahl der Teilnehmer einen Zuwachs erhalten habe. — Ein weiterer Zeuge, Teilnehmer an der Treptowerversammlung, gibt an, Ebert habe in seiner Rede nicht die Parole ausgegeben, die Gesellschaftsbeschlüsse nicht zu befolgen. — Der Zeuge Brulat behauptet, Ebert und Scheidemann hätten wiederholt geäußert, daß die Urheber des Streiks auf Strafgebetungsbeschlüsse gefaßt sein müßten. Sie wollten aber ihren Einfluss als Reichstagsabgeordnete ausüben, und die Bestellung rückgängig zu machen. — In engerer Konferenz am 28. Januar habe Ebert gesagt: Wie geradlinig unsere Parteipolitik bisher lief, so gradlinig muß sie auch weiter laufen, damit uns von rechts nie der Vorwurf gemacht werden kann: Wir deutsche Sozialdemokraten hätten das Vaterland im Stiche gelassen! — Der nächste Zeuge, Tischler Müller gibt an, Ebert habe in der Treptower Versammlung über den Streik gar nichts gesagt, obwohl alles gerade darauf wartete. Viel Beifall hatte er nicht; vielmehr seien aus der Versammlung entsetzte Rufe gegen ihn gekommen wie „Arbeiterverräter“ und „Streikabwürger“. — Der Zeuge, Redakteur Lehmann, sagt aus: Ebert habe nach seiner Rede im Treptower Park erklärt, die deutsche Arbeiterschaft habe die Pflicht, den Brüdern im Felde die besten Waffen zu liefern damit der Krieg für Deutschland ein günstiges Ende nehme.

Der Bauernbundführer Dr. Böhm sagt u. a. aus, als Mitglied des parlamentarischen Beirats des Kriegsernährungsamts hätte er durchaus den Eindruck gehabt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in jeder Weise bemüht gewesen seien, den Krieg zu einem für Deutschland guten Ende zu bringen.

Darauf wird der Zeuge Richard Müller vernommen, der in der Leitung des Januarstreiks und nach der Revolution Vorsitzender des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte war. Der Zeuge befandete u. a.: Die erste Sitzung der Streitleitung unter Beteiligung von Ebert, Scheidemann und Braun fand am 28. Januar abends statt. Ebert beantragte, eine Befragung der Streikforderungen vorzunehmen, da diese Forderungen nicht das enthielten, was die Sozialdemokraten für notwendig hielten. Am nächsten Vormittag fand im Gewerkschaftshaus eine neue Sitzung statt, in der Scheidemann mitteilte, daß Staatssekretär Ballstraf nur mit den Abgeordneten, nicht aber mit den Arbeitervertretern verhandeln wolle. Darauf beschlossen wir ausdrücklich, daß die Abgeordneten ohne Hinzuziehung der Arbeitervertreter nicht verhandeln dürften. Am 29. Januar wurde uns eine Verfügung des Oberkommandos zugestellt, in der das Verbot der Streitleitung ausgesprochen wurde. Am 30. Januar abends trafen wir uns in einem Lokal in Treptow. Die Streitleitung der Arbeiter unter Beteiligung von Ebert und Scheidemann die Herausgabe eines Flugblattes, das die Überschrift trug: Mitteilung des Aktionsausschusses des Arbeiterrates. Dieses Flugblatt sollte einen Erlaß für den verbotenen „Vorwärts“ bieten, andererseits die Vorbereitung bilden für die für die nächsten Tage beschlossenen Demonstrationen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich der Nebenkläger für den Abbruch des Streiks einsetze, erklärte der Zeuge, gegen den Streik als solcher habe Ebert nicht Stellung genommen, er habe lediglich in der ersten Sitzung der Streitleitung die Forderungen benannt. Daß Ebert in irgendeiner Sitzung der Streitleitung gegen den Streik gesprochen habe, sei ihm nicht bekannt.

Zu dem Prozess schreibt die volksparteiliche „Karlshener Bad. Presse“ u. a.: „Die Frage, ob ein Schöffengericht das richtige Forum ist, um Märchen in geschichtlich Gewordenes, in jene Vorgänge des Januar 1918 zu bringen, darf bezwe-

felt werden. Schon mit Rücksicht darauf, daß dem Ansehen des Reiches, das nun einmal eben Reichspräsident Ebert offiziell vertritt, nicht damit gebient sein kann, daß Verbreiter so schwerwiegender Verleumdungen, wie in diesem Falle, wegen formaler Beleidigung mit geringfügigen Strafen davonkommen, denn nach dem bisherigen Verlaufe des Magdeburger Prozesses dürfte die Anschuldigung, daß der Reichspräsident bei seinem Eingreifen in die Januar-Ereignisse sich von emotionalen Motiven habe leiten lassen, völlig zusammenbrechen. Dies bezeugen ihm nicht nur die Vertrauensfundgebungen hervorragender Zeugen, der ehemaligen Minister, des Hindenburgbriefes u. a. m., sondern dafür spricht auch die Tatsache, daß Ebert zwei seiner Söhne auf dem Felde der Ehre hat lassen müssen, und der es trotzdem abgelehnt hat, den dritten ihm noch geliebten zurückzurufen, worauf er ein Recht hatte. Einem Amtsgerichtsrat wurde die, auch die Kräfte eines objektiven Historikers bei dem geistlichen Abstand nahezu übersteigende, Aufgabe zuteil, ein Stück in Dunkel getauchter Weltgeschichte zu entschleiern. Man mag zu der Person Eberts stehen, wie man will — es ist hier ähnlich wie bei der Flaggfrage —, beschämend und als ein Krankeitsstempel muß man es empfinden, daß Parteilichkeit auch den obersten Reichsbeamten in den Augen der Welt vor dem Schmutz zu ziehen versucht.“

Zur Begnadigung Jagows

In Sachen der Begnadigung des früheren Regierungspräsidenten von Jagow erfährt das B.V. von zuständiger Seite, daß diese Begnadigung keinen besonderen Ausnahmefall darstelle, sondern im Rahmen und unter den bei den bisherigen Begnadigungen üblichen Beweggründen erfolge, nach denen der Reichspräsident das Gnadenrecht bei politische Straftaten ausübt. Die Taktik des Reichspräsidenten in Gnadenfällen geht im allgemeinen dahin, daß den wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurteilten soweit im einzelnen Falle nicht besondere Begleitumstände der Straftat dagegen sprechen, nach der Verbüßung von ungefähr 1/2 der Strafe der Strafstift erlassen wird. So sind auch das letzte Jahr zahlreiche Personen, besonders Kommunisten begnadigt worden. Von Jagow, der wegen seiner Beteiligung am Kapp-Zug zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, hat in diesen Tagen 3 Jahre der Strafe verbüßt und während der langen Haft an seiner Gesundheit gelitten. Der Reichspräsident hat bei dieser Sachlage auf Antrag des Reichsjustizministeriums und auf Befürwortung des Oberreichsanwalts sich entschlossen, den Rest der Strafe im Gnadenwege zu erlassen. In der Presse wird vielfach der Fall Jagow mit diesem Gnadenakt in Verbindung gebracht und gefragt, warum nicht auch hier eine Begnadigung eingetreten ist. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß Jagow doch von einem bayerischen Gericht verurteilt worden ist, und daß hier das Gnadenrecht nicht dem Reichspräsidenten, sondern der bayerischen Regierung zusteht.

Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen

Die französische Kammerkommission für elsass-lothringische Angelegenheiten hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der es zu einem ersten Zwischenfall gekommen ist. Man beriet den Vorschlag der Regierung, das Generalkommissariat in Elsaß-Lothringen abzuschaffen und eine Generalverwaltung für Elsaß-Lothringen in Paris zu schaffen, die unmittelbar unter die Verwaltung des Ministerpräsidenten gestellt werde. Diesen Antrag soll der sozialistische Abg. Weill noch erweitert haben. Nachdem der elsässische Abg. Scher einen Änderungsantrag gestellt hatte, ließ der Vorsitzende über die Forderung des Abg. Weill abstimmen, die mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Infolge dieser Niederlage haben 11 Abgeordnete aus Elsaß-Lothringen ihre Mandate im Ausschuß niedergelegt, darunter die Abg. Abbé Müller, Pfleger, Schumann, Oberkirchner, Francois, Altorff, Silbermann und Scher.

Chamberlain vor dem Unterhaus

Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain, seine Besprechungen mit Verriest, Mussolini und anderen Staatsmännern seien im Geiste des Völkerverständnisses geführt worden. Er habe die gegenseitigen Beziehungen der Freundschaft und des Vertrauens befestigt. Er habe sich die fremden Ansichten über das Sicherheitsprotokoll angehört, sei aber nicht in der Lage gewesen, die Haltung der britischen Regierung festzulegen. Auch die Frage der interalliierten Schulden sei nicht zur Sprache gekommen, da dieses Problem den alliierten Finanzministern überlassen bleiben sollte. Die Lage in Ägypten habe es notwendig gemacht zu handeln. Die Regierung wünsche nicht, die Ägypten gemächte Unantastbarkeit anzugreifen, sondern sie verlange nur, daß die ägyptische Regierung mit ihr und nicht gegen sie arbeite und als Grundlage ihrer Unabhängigkeit die Bedingungen annehme, die an die Gewährung der Unabhängigkeit geknüpft seien. Chamberlain lehnte sodann den Gedanken ab, vom Völkerverbund ein Mandat über den Sudan zu erlangen. Selbstverständlich beabsichtige die Regierung nicht, Ägypten durch Wassermangel zur Unterwerfung zu zwingen. Die britische Regierung würde die Bildung einer ägyptisch-sudanesischen Kommission vorschlagen unter dem Vorsitz einer von neutraler Seite ernannten Persönlichkeit. Hierauf wandte sich Chamberlain der Angelegenheit des Sinowjewbriefes zu. Die vom vorigen Kabinett eingesetzte Untersuchungskommission sei zu keinem Ergebnis betreffs der Echtheit des Briefes gekommen. Die Kommission des neuen Kabinetts habe das alte und das neue Beweismaterial nachgeprüft. Von vier völlig selbständigen Seiten habe die Regierung eine Feststellung der Echtheit erlangt. Chamberlain redigierte hierzu die Bewertung des russisch-englischen Handelsabkommens durch die konservative Regierung und erklärte, es sei absolut anzunehmen, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein umfangreicher Handel mit Rußland möglich sei. Für die bestehenden Möglichkeiten aber reiche das bestehende Handelsabkommen vollständig aus. Er glaube nicht, daß die gegenwärtige Zeitslage geeignet sei, die Verhandlungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen, da freundschaftliche Beziehungen auf gegenseitiger Achtung vor innerpolitischen Angelegenheiten ruhen.

Macdonald führte als Oppositionsredner aus, der Völkerverbund wünsche nicht, in Ägypten zu intervenieren, aber wenn er versucht werden würde, der britischen Regierung bei der Regelung zu helfen, so würde er eine seiner heiligsten Taten vollbringen. Als Macdonald auf den Sinowjewbrief zu sprechen kam, griff Chamberlain mit der Bemerkung ein, daß der Brief von der kommunistischen Partei in England empfangen und vernichtet worden sei. Macdonald fuhr fort, er sei weder von der Echtheit, noch von der Unechtheit des Briefes überzeugt. Die Haltung der Regierung in der Frage der russischen Verträge sei bellagenswert. Die Regierung solle darauf achten, daß ihr nicht andere europäische Länder zuvorkommen und ihr die Tür vor der Nase zuschlagen.

Bonifant brachte hierzu einen Antrag ein, in dem er sein Bedauern über die Politik der Regierung gegenüber Ägypten und Rußland ausdrückte. Das Unterhaus hat den Antrag der Arbeiterpartei mit 383 gegen 132 Stimmen abgelehnt.

Die Umgestaltung der Rentenbank. Das Preussische Staatsministerium nahm in seiner Dienstagsitzung — wie der „Anteilige Preussische Pressebericht“ schreibt — von dem Beschluß des Reichskabinetts in der Frage der landwirtschaftlichen Kredite der Rentenbank bezug. Der Errichtung einer Rentenbankkreditanstalt Kenntnis und erklärte sich mit ihm im großen und ganzen einverstanden.

Badisches Landestheater

Die Einführung aus dem Serail

Das Blondchen, das in der gestrigen Vorstellung von Mozarts „Einführung aus dem Serail“ gastierte, behauptete zwar steif und fest, daß es ein junges und schönes Mädchen sei, doch konnte die äußere Erscheinung kaum überzeugend die Wahrheit dieser — aus dem Munde einer Soubrette an sich glaubwürdigen — Behauptung erhärten. Friska Nisch vom deutschen Nationaltheater Weimar ist weder jung noch hübsch, aber dafür sehr routiniert. Ihre Stimme eignet sich auch für den Mozartstil in gewisser Beziehung, das sei offen zugegeben. Ob sie jedoch als vollwertige Vertreterin des zu besprechenden Faches ernstlich in Betracht gezogen werden kann, muß bezweifelt werden. Wenn man ihr bestätigt, daß sie sich im großen und ganzen der Rolle des Blondchen gewachsen zeigte, so ist das immerhin ein günstiges Urteil, aber in diesem Falle nur sehr relativ. Am Augenblick trägt die Stimme wenigstens noch genügend, wird jedoch kaum kräftiger und umfangreicher werden können, ja in der hohen Lage scheint sogar schon die Schönheitsgrenze und die technische Ergiebigkeit überschritten. Auch in der Darstellung ist jedenfalls das Mäßmaß der ihr möglichen Entwicklungstufe erreicht, und das heißt typische Provinz mit viel unnötigen Umbewegungen, mit billig vorgeschauelter Verhaftigkeit, mit Fußspitzenstand, wenn ein ganz gewagter Hergang kommt, und Ähnlichem. Man muß also ihre Fühlbarkeit, die sie anscheinend auch im Publikum fand, darauf verwelfen, daß es sich bei der Neuwervfassung — doch darum handelt, für längere Zeit und nicht nur für die nächste Saison eine angenehme Lösung zustandezubringen. Und das scheint mir der spezifische Grund für eine Ablehnung; denn nach einem, allerhöchstens nach zwei Jahren müßte abermals Ersatz gesucht werden. Kann das im ökonomischen Interesse des Instituts liegen? — Gegenüber der kürzlich besprochenen Aufführung gab es einige Neubestellungen. Wilhelm Rentwig spielte den Belmonte weit besser als er ihn sang. Ein Vergleich mit dem Vertreter der Rolle in der letzten Vorstellung, der sehr fauberen und reinen Mozartstil sang, fiel zuungunsten Rentwigs aus, der allerdings dafür eine kultivierte Darstellung bot. Für den auf dem Programm angebotenen Be-drillo erschien Hans Busard; ihm ist besonders zu danken, daß er die Zuhörer nicht aus der solbatischen Kampfarie im 2. Akt betrog, sondern wie als typisches Praborstüch auftrifft. Beifall und Stimmung hellten sich ein, obwohl der Abend in seinem Verlauf nicht allzuviel künstlerische Höhepunkte brachte.

Hans Thoma-Gedenkfeier in Freiburg

Am Dienstag abend fand im Paulus-Saal zu Freiburg im Breisgau eine von der Stadt Freiburg in Verbindung mit verschiedenen heimatkundlichen und Kunstvereinen veranstaltete Hans Thoma-Gedenkfeier statt, die aus allen Schichten der Bevölkerung sehr gut besucht war. Die Spitzen der städtischen Behörden, Vertreter des Staates, der Universität, sowie die frühere Großherzogin von Baden wohnten der Feier bei. Nachdem die wichtigen Klänge von Beethoven's Trauermarsch aus der „Glocke“ erklangen, verlas der Spielleiter des Freiburger Stadttheaters Paul Smolny den Dankesbrief Hans Thomass an die Stadt Freiburg aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt. Hierauf ergriff der Schriftsteller Hermann Erich Ruffe zu einer schlichten Gedenkrede das Wort. Er zeichnete den Menschen Thoma in seiner unigen Natürlichkeit und ungekünstelten Frömmigkeit, Herkunft und Werdegang des Künstlers und hob die charakteristischsten Züge aus seinem Leben hervor. Mit kurzen Strichen entwarf er ein Bild seines Schaffens, flizierte Geist und Seele seiner Kunstwerke und betonte, daß Thomass Kunst auch da, wo sie nicht von allen verstanden wird, unerschütterlich ist. Die Schlußworte des Redners berührten den großen Maler als Schaffsteller in seinen späteren und letzten Lebensjahren. Anschließend wurden einige Stellen aus Werken Hans Thomass verlesen. Den Abschluß der würdevollen und eindrucksvollen Feier bildete das Vorspiel zu den Metterfingern von Richard Wagner.

Der badische Kunstgewerbeverein hat vergangenen Donnerstag mit einem Vortragsschluss begonnen, der die weitere Öffentlichkeit auf die kulturfördernden Bestrebungen des Vereins aufmerksam machen will. Prof. Dr. Gruber sprach über die grundlegenden Gestaltungselemente im Kunstwerk, über „Konstruktion und Form“, die beide über Mode und Zeitgeschmack hinaus die freiwillige Ordnung bedeuten, in welche der Künstler sich einfügt, um etwas Harmonisches zu schaffen, die Ordnung, die ein Spiegelbild des ewigen Weltgeschehens ist. Kommen dem Donnerstag abend 8 1/2 Uhr wird Prof. Wirtenberger von der badischen Landesmusikschule den zweiten Vortrag halten über: „Die lineare Kunst als Grundlage des Kunstgewerbes“ mit kurzer zeichnerischer Demonstration. Prof. Ernst Wirtenberger ist durch seine graphischen und schriftstellerischen Arbeiten in weiten Kreisen bekannt. Weitere Vorträge werden folgen über die Farbe als Gestaltungselement, über den Raum und seinen Aufbau, über Raum und Plastik u. a. m. Gäste sind willkommen, wir verweisen auf die heutige Anzeige.

Kurze Nachrichten

Die erste Sitzung des Preussischen Landtags. Der Amtliche Preussische Pressebericht teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die erste Sitzung des Preussischen Landtags auf den 6. Januar anzusetzen. Wie rechtsprechende Blätter aus Berlin melden, haben die volksparteilichen preussischen Minister dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie eine schnelle Stellungnahme des Kabinetts über die Anpassung der Regierung an das Wahlergebnis für unumgänglich notwendig halten.

Der bayerische Landtag wird noch vor der Weihnachtspause eine Vollsitzung abhalten und zwar am 19. Dez. vormittags, in der verschiedene Vorlagen erledigt werden sollen. Die im Verfassungsausschuß unterbrochene Beratung der Kirchenverträge wird am Donnerstag wieder aufgenommen. Nach der Weihnachtspause wird das Plenum wieder am 7. Januar zusammenzutreten.

Ausstellung eines deutschen Kunstmalers aus Remel. Wie das „Remeler Dampfboot“ meldet, hat die litauische Regierung den Aufenthalt des Berliner Kunstmalers Gustav Goese im Remelgebiet bis zum 31. Dez. 1924 befristet, was einer Ausweisung gleichkomme. Goese (der der Maler der remeländischen Landschaft genannt werden kann und in weitesten Kreisen deutscher und litauischer Kreise auch als Porträtist bekannt war — eines seiner bekanntesten Bilder stellt den litauischen Patzer und Heiligen Witwis in der Remeler Landschaft dar) wird bereits in den nächsten Tagen Remel verlassen.

Eine Agitationsreise Helmuth v. Gerlach nach Frankreich. Wie die „Ere Nouvelle“ berichtet, unternimmt Helmuth v. Gerlach Ende dieses Monats eine Agitationsreise nach Frankreich. Er wird auf Einladung der Liga für Menschenrechte in Abignon, Arles, Valence, Grenoble und Marseille aus Anlaß des Jahreskongress der Liga für Menschenrechte sprechen.

Die französische Kammer hat das Amnestiegesetz, das auch die Amnestierung von Ralsy und Cailaung auspricht, mit 285 gegen 120 Stimmen angenommen.

Die Währungsreform in Österreich. Der österreichische Nationalrat nahm in 1. Lesung das Schillingrechnungsgeß an. Finanzminister Dr. Müller erinnerte an die traurige Situation der österreichischen Währung vor 2 1/2 Jahren. Heute könne Österreich, ohne sich dem Vorwurf des Optimismus auszuweisen, daran gehen, die Währung auf Gold umzustellen.

Der französische Ministerpräsident befindet sich auf dem Wege der Besserung. Er muß jedoch vollständig ruhig bleiben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Amnestie und Anträge.

Am Freitag verhandelte der Rechtspflege-Ausschuß des Landtags über zwei am 7. November eingereichte Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion, welche 1. eine allgemeine Amnestie für die durch die badische Justiz erfolgte Inhaftierung politischer proletarischer Gefangener forderte, 2. die Reichsregierung durch die badische Regierung aufgefordert wissen wollen, ebenfalls eine Amnestie für sämtliche wegen politischer Vergehen verhafteten proletarischen Gefangenen zu erlassen.

Die Begründung der Anträge erfolgte durch einen kommunistischen Abgeordneten. Berichterstatter war Abg. Dr. Kullmann. Er stimmte der Tendenz der kommunistischen Anträge zu und erklärte, daß wir zu einer Amnestie in Baden und im Reich kommen müssen. Dr. Kullmann kündigte dann Amnestie-Anträge der sozialdemokratischen Fraktion an.

Der Ausschuß beschloß, die Vorlegung dieser Anträge zu verlangen und dann am Mittwoch endgültig über die kommunistischen Anträge zu beschließen. Der Justizminister bemerkte noch, daß über die Begnadigung der im Freiburger Kommunisten-Prozess Verurteilten der Reichspräsident und nicht die badische Regierung zu entscheiden habe.

Die Ferien an den Höheren Schulen

Die Ferien an den Höheren Schulen sind für das Jahr 1925 wie folgt festgesetzt:

	Erster Ferientag	Letzter Ferientag
a. Weihnachtsferien 1924	25. Dez. 1924	6. Januar 1925
b. Osterferien 1925	5. April 1925	26. April 1925
c. Pfingstferien 1925	31. Mai 1925	7. Juni 1925
d. Sommerferien 1925	1. August 1925	10. Sept. 1925

Am letzten Schultag vor den Weihnachts-, Pfingst- und Sommerferien werden die vier ersten Unterrichtsstunden in vollem Umfang erteilt; nach Schluß der vierten Unterrichtsstunde werden den Schülern die fälligen Zeugnisse durch die Klassenlehrer in entsprechender Weise

ausgehändigt. Auswärtige Schüler dürfen, damit sie am gleichen Tage ihren Heimatsort noch erreichen können, von der Direktion zu einer früheren Stunde entlassen werden. Am letzten Tag vor den Osterferien wird der vorgezeichnete feierliche Schlußakt abgehalten.

Als Tag der Anmeldung für Schüler, die auf Beginn des neuen Schuljahres 1925/26 eintreten wollen, ist der 23. März festgelegt. Die Aufnahmeprüfungen werden an den folgenden Tagen abgenommen.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das badische Staatsministerium hat dem Gymnasiasten Friedrich Koch in Ibesheim, der am 28. Mai ds. J. unter eigener Lebensgefahr einen Knaben vom Tod des Ertrinkens rettete, auf den Zeitpunkt der Vollendung des 18. Lebensjahres die badische Rettungsmedaille verliehen.

Kommunale Rundschauf

Die Bautätigkeit in Mannheim. Wie das Städtische Nachrichtenamt berichtet, wurden nach den Erhebungen der Ortsbaukontrollen anlässlich der Hofbaurevisionen im Monat November d. J. zum Teil durch Neubauten, zum Teil durch Umbauten 76 Wohnungen mit insgesamt 261 Zimmern neu geschaffen; die Zahl der Neubauten belief sich auf 26, die der Umbauten auf 7. Im Oktober betrug die Zahl der Wohnungen 124 mit 389 Zimmern, im September 66 mit 294 Zimmern, im August 68 mit 323 Zimmern, im Juli 76 mit 317 Zimmern, im Juni 41 mit 157 Zimmern, im Mai 14 mit 43 Zimmern, im April 14 mit 25 Zimmern, im März 32 mit 111 Zimmern, im Februar 10 mit 34 Zimmern und im Januar 9 mit 50 Zimmern.

Der Bürgerausschuß Laubersheim stimmte dem Hauptvoranschlag für das Rechnungsjahr 1924 sowie den Nebenboranschlägen zu und setzte zur Aufbringung des ungedeckten Aufwandes eine Gemeinbeimlage von 44 Pfg. pro 100 Mark Steuerwert des Grundvermögens und 52 Pfg. von 100 Mark Steuerwert des Betriebsvermögens fest. Die Anwesenheitsgebühren der Mitglieder des Gemeinderats wurden auf 1 Mark für jede Sitzung festgesetzt.

Der Bürgerausschuß Großschloßheim hat nunmehr die bereits längst geplante Wasserleitung einstimmig beschlossen. Die Herstellung erforderten 120 000 Mark. Dedung soll durch einen behördlicherseits bereits genehmigten außerordentlichen Holzabtrieb beschafft werden.

Aus dem Freiburger Stadtrat. Der Stadtrat beschloß der Vereinigung „Deutsche Hochschule für Leibbesitzungen“ mit einem Jahresbeitrag von 100 Mark beizutreten. — Der Beginn der nächstjährigen Frühjahrsmesse wurde vom 2. auf den 16. Mai verlegt. — Die Stadt gewährt dem Verband der Gemeindebeamten Badens gegen Sicherung und entsprechende Verzinsung ein Darlehen von 15 000 Mark zur Errichtung eines Erholungsheims am Bodensee unter der Voraussetzung, daß auch die übrigen badischen Städte entsprechende Darlehensanteile übernehmen.

Der Bürgerausschuß Kleinlautenbach nahm den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924/25 an. Der Voranschlag sieht an Ausgaben 66 600 M., an Einnahmen 68 400 M., vor, so daß ein Betrag von 27 200 M. durch Umlage zu decken ist. Die Gemeindefeuer wird dem zu deckenden Fehlbetrag entsprechend auf 55 Pfennig (gegen 10 Pfennig im Jahre 1914) festgesetzt. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Stadt zur Zeit noch eine Frankenschuld an die Schweiz von 31 700 Franken hat.

Aus der Landeshauptstadt

Die spanischen Schatzschwindelbriefe, mit denen schon vor dem Weltkrieg in Deutschland in weitem Umfange Betrügereien versucht wurden, tauchen seit einigen Monaten wieder in verschiedenen Gegenden des Reiches, besonders auch im badischen Schwarzwald, auf. Die in einem schlechten Deutsch abgefaßten Briefe sind alle von derselben Hand geschrieben und haben denselben Inhalt. Der Empfänger des Briefes soll nach Spanien reisen, das Gepäc einer dort wegen Bankrotts verhafteten Person einlösen und deren Gerichtskosten bezahlen. Bei dem Gepäc soll sich ein Scheck befinden, der in Deutschland mit 24 000 Pfund Sterling eingelöst werden könne. Als Belohnung wird der dritte Teil der Summe versprochen. — Es ist schon vor dem Kriege in der Presse immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich, wie die amtlichen Feststellungen ergeben haben, bei diesen spanischen Schatzbriefen um einen plumpen Schwindel handelt, der nur darauf ausgeht, dem, der auf das Schreiben hereinfällt, das Geld aus der Tasche zu ziehen. Es kann daher nicht eindringlich genug vor diesen spanischen Schatzschwindelbriefen, mögen sie in der hier wiedergegebenen oder in anderer Form auftauchen, gewarnt werden.

Karlsruher Presse. Am morgigen Donnerstag, dem 18. d. M., feiert Redakteur Karl Binder, ein im Zeitungswesen nicht nur in Karlsruhe, sondern in ganz Baden bekannter Mann der Feder, seinen 50 Geburtstag. Der Jubilar hat im Presseberuf von der Bide aus gedient. Er erwarb seine journalistischen Kenntnisse in der Hauptsache in der Karlsruher „Badischen Landeszeitung“, in der er bis zu ihrem Eingang als Redakteur tätig war. Nachdem er kurze Zeit im Presseberuf der Bad. Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft tätig war, trat er in die Nachrichtenabteilung der Süddeutschen Diskontogesellschaft ein, deren Leitung ihm obliegt.

Neue Vorverkaufsstelle des Landestheaters am Marktplatz. Zur Bequemlichkeit des Publikums wird im Verkehrsmittelpunkt der Stadt eine Vorverkaufsstelle eingerichtet, nämlich am Marktplatz in der Schalterhalle der Darmstädter und Nationalbank, Kaiserstr. 76, Fernspr. Nr. 4401. Vom Montag, den 15. Dezember an ist dieser Verkaufsstelle an Werktagen von 9 1/2—1 Uhr und 2—5 Uhr geöffnet. Dort sind Karten für alle Vorstellungen wie an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters, ferner Vorzugsartenhefte, Textbücher, Pläne usw. zu haben. Diese Verkaufsstelle nimmt schriftliche und telephonische Bestellungen aus Karlsruhe auch für Abonnement entgegen. Größere Beträge für Abonnement, Vorzugsartenhefte usw. können auf das Bankkonto des Landestheaters bei der Darmstädter und Nationalbank einbezahlt werden. Bevorstehende Gastspiele, der Spielplan der nächsten Zukunft, wichtige Spieländerungen und Umbezuehungen usw. werden in dieser Verkaufsstelle umgehend bekanntgegeben.

Letzte Nachrichten

Strefemann mit der Kabinettsbildung beauftragt. Berlin, 17. Dez. Der Reichspräsident empfing heute Mittag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann zu einer längeren Aussprache und bot ihm im Verlaufe der Besprechung die Regierungsbildung an. Dr. Strefemann hat sich seine Entscheidung bis heute Abend vorbehalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Dez.		16. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.19	169.61	169.19	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	73.74	73.92	73.22	73.70
Italien . . . 100 L.	18.07	18.11	18.09	18.13
London . . . 1 Pf.	19.67	19.72	19.68	19.73
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.47	22.53	22.59	22.65
Schwiz . . . 100 Fr.	81.20	81.40	81.21	81.41
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.91	5.90	5.91
Prag . . . 100 Kr.	12.72	12.76	12.69	12.73

Notierung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgeordneten Gemarung Badgimmern mit der Gemeinde Immenbungen. Mit Entschließung vom 27. Oktober 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarung Badgimmern, Amtsbezirk Donauwiesingen, mit der Gemeinde Immenbungen, Amtsbezirk Engen, mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet. Die Anordnung ist rechtskräftig. Karlsruhe, den 12. Dezember 1924. Der Minister des Innern Remmel

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Januar noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, da mit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 17. Dez. 7 1/2—geg 10 Uhr 4.60
A 12 ThG. 2701—3000
Infolge Erkrankung von Charlotte Berlow anstatt: „Sechs Personen suchen einen Autor — Ein Stück, das gemacht werden soll“.
In der Neuenstudierung **Jugendfreunde**
Donnerstag, 18. Dez. 7—n. 7 1/2 6.—
B 12 Th. G. 4801—6000, 6701—7000
Neu einstudiert: **Das Glöckchen des Eremiten.**

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

FILIALE KARLSRUHE i. B. Kaiserstr. 76 (Am Marktplatz)

Aus der wertbeständigen Mark
zieht Nutzen, wer sie sicher und zinsbringend anlegt!
Unsere Scheck- und Sparkonten bieten hierzu Gelegenheit!

NEUE SEIDENHÜTE

die jetzt getragen werden — finden Sie in großer Auswahl

S. ROSENBUSCH

Damenhüte Billigste Bezugsquelle Kaisersstraße 137

1584. Bretten. Über das Vermögen der Firma Alfred Tiefenbrunner, Manufaktur, Weiß- und Wollwaren in Bretten (Baden) wurde heute am 15. Dezbr. 1924, nachmittags 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann Karl Burger in Bretten ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Belassung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch, 14. Januar 1925, vormittags 9 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, 11. März 1925, vormittags 9 Uhr**.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Befize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Januar 1925 Anzeige zu machen.
Bretten, 15. Dezbr. 1924. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Hans Kissel

Täglich eintreffend frische
Fluß- u. Seefische
aller Art

See-Speisemuschelein Pfd. 20 Pfg.
Matjesheringe, Holl. Vollheringe, Milchn.
Bücklinge, Sprotten, Lachs, Aale, Salm,
Dose 90 Pfg., Uelsardinen, Dose von 55 Pfg. an

Rehe, Hasen, Gänse,
Enten, Capaunen,
Hahnen,
gebratenes Geflügel
ganz und zerlegt



Große Mengen preiswerte
Obst- u. Gemüsekonserven

Marmeladen und Confitüren
Melange-Marmelade 10 Pfd.-Eimer 4.40 M.

Kaffee, Tee, Kakao (Konsumkakao)
Pfd. 80 Pfg., bei 5 Pfd. 70 Pfg.)

Geschenkkörbe
in einfacher bis feinsten Ausführung

Kalte Platten aller Art, Wurstwaren, Käse

Orangen, Datteln, Feigen, Trauben,
Bananen, Ananas, Nüsse

Billige Weine

	1/2 Fl.	1/2 Fl.
Konsumwein, weiß	70	Franz. Naturwein . 1.10
Haushaltwein, weiß	85	Südfranz. Rotwein . 1.40
Tischwein	95	Malaga, alt . 2.-
Moselwein	1.05	Samos . 2.-
Konsumwein, rot	80	Portwein, alt . 3.-
		Madeira, alt . 3.-

alles in größter Auswahl bei

Hans Kissel

Kaiserstraße 150
Bestellungen auf Geschenkkörbe, Wild und
Geflügel erbitte frühzeitig

KunsthauS Sebald

jetzt Karlstraße 29 a. Tel. 4130
Dezember-Ausstellung
Prof. A. Babberger, Prof. F. Kallmorgen,
Prof. Württemberg
Gemälde / Zeichnungen
Sebald-Keramik
Bücher / Porzellane / Kristalle
Graphik / Bronzen

Schreibtische

von Mk. 75.- an liefert
M. Lauber, Mannheim, F 3, 7



Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse der
24./250. Preuß.-Südd. Klassenlotterie
findet in der Zeit vom
18. Dezember 1924 bis 2. Januar 1925
statt. Nach Ablauf dieser Frist erlischt das
Anrecht d. Spielers auf das bisher gespielte Los.
Mit Rücksicht auf die bevorstehenden zahl-
reichen Festtage bitte ich meine verehrte
Kundschaft ihre Lose **möglichst früh-**
zeitig zu erneuern.
Ich habe noch eine kleine Anzahl Kauf-
lose zum amtlichen Preise von
1/2 48.- 24.- 12.- R.-M.
abzugeben; manchem dürfte ein solches Los
ein willkommenes Weihnachtsgeschenk sein.
110000 Gewinne mit über 21 Mill. R.-M.
Höchstgewinn: Eine Million R.-M.

ZWERG vormals
Götz
Bad. Lotterie-Einnehmer Karlsruhe
Nebelstraße 11 und Waldstraße 33
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808.

Rippoldsau

Eröffnung Haus Sommerberg für
Winterkuren 20. Dezember. Leiten-
der Arzt Dr. Doll. Auskunft durch
die Direktion. D 791

Stock- und Schirmfabrik V. Heupel G. m. b. H.

D. 863 Kaiserstraße 201

Reichste Auswahl
in
Schirmen
u. Spazierstöcken
Reparaturen Billigste Preise

**HERVORRAGEND
SIND FORM UND GÜTE DER
BAU UND
MÖBEL
AM RONDELLPLATZ
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.
EIGENE VERKAUFSSTELLEN:
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15
FREIBURG-METZGERAU 6
OFFENBURG-STEINSTR. 2
MOSBACH-HAUPTSTR. 12**

Pianos

prachtvolle Modelle
in großer Auswahl
neu eingetroffen!
Günstige Kaufgelegenheit!

Größtes Entgegenkommen in der Zahlungsweise
Th. Kaefer
Erbprinzenstraße 24, beim Ludwigsplatz
Sonntags nachmittags geöffnet D. 877

Wenn schon — denn schon
Wenn Sie beabsichtigen, früher
oder später zum Kauf einer
Nähmaschine
zu schreiten, dann wählen Sie
in ihrem Interesse die beste
Die Gritzner-Maschine ist als erst-
klassig weltbekannt, unübertroffene Näh-
leistung, leichter, geräuscher Gang, hochfeine Ausstattung in allen Holzarten
und Einrichtungen
Passendes u. dabei 30% nützl. Weihnachtsgeschenk
Zahlungserleichterungen Reiche Auswahl bei
Karl Ehrfeld Erbprinzenstraße
Am Rondellplatz
Telephon 102

Badischer Kunstgewerbeverein e. V.
Donnerstag, 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr
im großen Saale des Künstlerhauses
Eingang Sofienstraße:
Vortrag
von Herrn Professor Württemberg
von der Landeskunstschule
**Die lineare Kunst als
Grundlage des Kunstgewerbes.**
Gäste, auch Damen willkommen.
Eintritt frei!
Garderobe wolle abgegeben werden.
Geschäftsstelle des bad. Kunstgewerbevereins:
Westendstraße 81.

Eine
SINGER
mit Motor u. Nählicht
das praktischste
Weihnachts-
Geschenk

SINGER CO. NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Kaiserstr. 124 KARLSRUHE Kaiserstr. 124
D. 818

Preis-Aufgabe!

Die beiden ersten Worte ergeben
bei richtiger Umstellung zwei be-
kannnte Flüsse, die drei folgenden
Worte drei bekannte Städte. Die
Anfangsbuchstaben von oben
nach unten gelesen müssen das
Wort „RONDO“ ergeben.
An die Löser dieses Rätsels gelangt eine
große Anzahl Preise im Gesamtwerte von
20000 Gold-Mark
gratis zur Verteilung.
Sie erhalten bei richtiger Lösung
bestimmt einen Preis
Die Einfindung der Lösung verpflichtet Sie
zu nichts. D. 875
Sie bekommen Ihren Preis ohne
Eingehen irgend eines Risikos
Einfindung der Lösung muß sofort in ver-
schlossenem, frankiertem Briefumschlag erfolgen.
Nach Eingang Ihrer Lösung erhalten Sie
Nachricht, ob dieselbe richtig ist und über den
Ihnen zustehenden Preis
Der Lösung bitten wir 10 Pfg. für Druck-
sachen, Schreiblohn, Porto usw. beizufügen.
Rondo-Versandgesellschaft m. b. G.
Münster in Westfalen 1075

Eugen von Steffelin
Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261
D. 668
**Möbeltransport
Lager :: Spedition**

Harmoniums
VON
Mannberg
Schiedmayer & Söhne
zu R.-M. 185.- 320.-
425.- 500.- 650.- 900.-
empfiehlt D. 856
Ludwig Schweisgut
4 Erbprinzenstr. 4

Detektiv-Institut
- u. Privat-
-Rückkunft
"Mannheim"
"Argus"
O. 5. 6.
Planen 3. 47
Fernspr. 3505
A. Maler & Co., G. m. b. H.
Metallbetten
Etablizmat., Kinderbett., direkt
an Private, Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Sulz (Eßl.)